

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
Kreissenorenrat Freudenstadt

Thuy Nga Trinh
Direktkandidatin Wahlkreis
280 Calw/Freudenstadt

Per E-Mail: info@ksr-freudenstadt.de

E-Mail: kontakt@thuynga-trinh.de

27. Januar 2025

Bundestagswahl 2025: Ihre Anfrage

Sehr geehrter Herr Zerrinius, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 06. Januar 2025. Untenstehend finden Sie meine Antworten.

1. Wie wollen Sie verhindern, dass immer mehr ältere Menschen auf soziale Transferleistungen angewiesen sind?

Wir brauchen eine zukunftsfähige Rente. Unsere Forderungen sind klar:

- **Sicherung eines auskömmlichen Rentenniveaus:** Das gesetzliche Rentenniveau wird dauerhaft bei mindestens 48 Prozent gehalten, sodass langjährig Versicherte im Alter eine angemessene Rente erhalten.
- **Förderung guter Löhne und breiter Beitragsbasis:** Durch die Förderung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, insbesondere für Frauen, wird die Rentenkasse gestärkt. Maßnahmen wie gleiche Löhne, bessere Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeitmodelle und die Förderung der Rückkehr in Vollzeit sollen die Erwerbsmöglichkeiten verbessern.
- **Qualifizierte Zuwanderung und Anreize für längeres Arbeiten:** Qualifizierte Zuwanderung wird genutzt, um die Wirtschaftskraft und Beitragszahlungen zu erhöhen. Anreize für ältere Beschäftigte, länger gesund im Erwerbsleben zu bleiben, helfen ebenfalls, das Rentensystem zu entlasten.
- **Abbau von prekärer Beschäftigung und Erhöhung des Mindestlohns:** Der Mindestlohn wird angehoben, und prekäre Arbeitsverhältnisse wie Minijobs sollen reduziert werden, um bessere Rentenansprüche für alle zu ermöglichen.
- **Einführung eines Bürger*innenfonds mit ergänzender Kapitaldeckung:** Ein öffentlich verwalteter Bürger*innenfonds soll Erträge generieren, um niedrige und mittlere

Renten zu stärken und so insbesondere Frauen und Menschen mit geringem Einkommen zu unterstützen.

- Garantierente gegen Altersarmut: Die Grundrente wird zu einer Garantierente nach 30 Versicherungsjahren weiterentwickelt, die deutlich mehr Menschen einbezieht und finanziell bessergestellt, um Altersarmut zu vermeiden.
- Verbesserung der Erwerbsminderungsrente: Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, sollen durch eine verbesserte Erwerbsminderungsrente unterstützt werden.

Durch diese Maßnahmen wird sichergestellt, dass ältere Menschen finanziell abgesichert sind und weniger auf soziale Transferleistungen angewiesen sind.

2. Was werden Sie unternehmen, damit ältere Menschen diese Ansprüche leichter geltend machen können?

Wir legen besonderen Wert darauf, dass ältere Menschen ihre Ansprüche unkompliziert und barrierefrei geltend machen können. Dafür werden wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- Stärkung lokaler Beratungsangebote: Wir wollen mehr wohnortnahe Beratungsstellen schaffen, gerade in ländlichen Regionen, damit ältere Menschen bei Fragen zur Rente oder der Garantierente schnell und persönlich Unterstützung erhalten. Diese Stellen werden gezielt geschult, um auch komplizierte Fälle effizient zu klären. Auch setzen wir mehr auf digitale Beratungsangebote, sodass diese Angebote flächendeckend und kosteneffizient langfristig betrieben werden können.
- Abbau von bürokratischen Hürden: Wir werden Verfahren zur Beantragung von Leistungen, wie der Garantierente oder der Erwerbsminderungsrente, vereinfachen. Dazu gehört der Abbau von Nachweispflichten, die für ältere Menschen oft eine Hürde darstellen.
- Bessere Information durch Bürger*innenfonds und Garantierente: Wir planen eine proaktive Information: Ansprüche wie die Garantierente werden den Betroffenen automatisch zugänglich gemacht, ohne dass sie umständliche Anträge stellen müssen.
- Stärkung lokaler Infrastruktur: Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau von öffentlicher Infrastruktur in ländlichen Räumen ein, wie Bürgerbüros und digitale Anlaufstellen. Damit werden Rentenanträge und Beratungen vor Ort leicht zugänglich gemacht.

3. Welche Maßnahmen planen Sie, um Menschen mit geringem Einkommen gesellschaftliche Teilhabe zu erleichtern?

- Leichter Zugang zur Mobilität: In ländlichen Regionen werden wir den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und günstige Mobilitätsangebote für alle schaffen.
- Zugang zu Bildung und Kultur: Wir fördern Bildungsangebote, lokale Vereine, Bibliotheken und Kulturveranstaltungen, damit alle, auch Menschen mit geringem Einkommen, Zugang zu kulturellen und sozialen Angeboten erhalten. Insbesondere möchten wir Fördermittel für ehrenamtliche Initiativen in ländlichen Räumen bereitstellen.
- Erhöhung des Mindestlohns und Abbau prekärer Beschäftigung: Durch die Erhöhung des Mindestlohns und den Abbau von prekärer Beschäftigung, wie Minijobs, stärken wir die wirtschaftliche Basis von Menschen mit niedrigem Einkommen, sodass ihnen mehr Spielraum für gesellschaftliche Teilhabe bleibt.

- Ausbau von Wohn- und Versorgungsinfrastruktur: Gerade in ländlichen Regionen fördern wir den Ausbau von bezahlbarem Wohnraum, Treffpunkten wie Mehrgenerationenhäusern und Anlaufstellen für Beratungen. Diese Orte ermöglichen sozialen Austausch und erleichtern den Zugang zu Unterstützungsangeboten.
- Gezielte finanzielle Entlastung: Wir planen, Freibeträge für Kleinsparer*innen zu erhöhen, diese dynamisch an die Inflation anzupassen und die öffentliche Zulagenförderung stärker auf niedrige und mittlere Einkommen auszurichten. Dies schafft finanzielle Freiräume für gesellschaftliche Teilhabe.
- Förderung digitaler Teilhabe: Um auch Menschen mit geringem Einkommen in der digitalen Welt mitzunehmen, investieren wir in flächendeckendes Internet und fördern Programme, die kostenlose oder vergünstigte Geräte und Schulungen bereitstellen.
- Unterstützung von Familien und Kindern: Wir setzen uns für eine kostenfreie Kinderbetreuung und Mittagessen in Schulen ein. Das entlastet Familien mit geringem Einkommen und fördert die soziale Teilhabe von Kindern.

4. Werden Sie sich für eine Erweiterung von Artikel 3 Grundgesetz um das Merkmal „Lebensalter“ einsetzen?

Ja.

5. Unterstützen Sie eine UN-Altenrechtskonvention, um die Rechte älterer Menschen weltweit zu stärken?

Ja.

6. Wie wollen Sie dafür sorgen, eine Diskriminierung älterer Menschen durch Künstliche Intelligenz zu verhindern?

- Transparenz und Kontrolle von Algorithmen: Wir werden gesetzlich sicherstellen, dass die Algorithmen, die in KI-Systemen genutzt werden, transparent und nachvollziehbar sind. So können mögliche Diskriminierungen identifiziert und verhindert werden. Unabhängige Prüfstellen sollen KI-Systeme regelmäßig auf Fairness und Diskriminierungsfreiheit untersuchen.
- Einbindung älterer Menschen in die Entwicklung: Bei der Entwicklung und Implementierung von KI-Anwendungen setzen wir auf eine stärkere Beteiligung älterer Menschen. Ihre Perspektiven und Bedürfnisse müssen von Anfang an berücksichtigt werden, um altersbedingte Benachteiligungen zu vermeiden.
- Verankerung von Antidiskriminierungsrichtlinien in der KI-Entwicklung: Wir verpflichten Unternehmen, die KI-Systeme entwickeln, Antidiskriminierungsrichtlinien einzuhalten. Diese müssen sicherstellen, dass ältere Menschen in Prozessen wie Kreditvergabe, Personalauswahl oder Versicherungsbewertungen nicht benachteiligt werden.
- Datengrundlagen divers gestalten: Eine häufige Ursache für Diskriminierung in KI ist eine einseitige oder unzureichende Datengrundlage. Wir fördern die Nutzung von diversen und repräsentativen Daten, die auch ältere Menschen angemessen berücksichtigen, um systematische Verzerrungen zu vermeiden.

- Regulierungen für sensible Anwendungsbereiche: In sensiblen Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Arbeitswelt oder Sozialdiensten schaffen wir strenge ethische und rechtliche Standards für den Einsatz von KI, um Altersdiskriminierung zu verhindern.
- Stärkung der Aufsicht durch öffentliche Stellen: Wir werden unabhängige Regulierungs- und Kontrollbehörden schaffen, die Diskriminierungsrisiken von KI prüfen und sanktionieren können, wenn Benachteiligungen festgestellt werden.
- Verankerung von Altersgerechtigkeit in der Forschung: Wir fördern die Forschung zu altersgerechter KI, um sicherzustellen, dass ältere Menschen bei der Gestaltung und Nutzung neuer Technologien gleichberechtigt berücksichtigt werden.

7. Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie bzw. Ihre Partei verhindern, dass Menschen, die das Internet nicht nutzen, von der Teilhabe am öffentlichen Leben ausgeschlossen werden?

Wir streben eine Stärkung lokaler Beratungsangebote an. Wir wollen mehr wohnortnahe Beratungsstellen schaffen, gerade in ländlichen Regionen, damit ältere Menschen bei Fragen zur Rente oder der Garantierente schnell und persönlich Unterstützung erhalten. Diese Stellen werden gezielt geschult, um auch komplizierte Fälle effizient zu klären. Zwar setzen wir mehr auf digitale Beratungsangebote, sodass diese Angebote flächendeckend und kosteneffizient langfristig betrieben werden können; die Beratungen sollen jedoch nicht ausschließlich digital angeboten werden, sondern es soll nach wie vor die Möglichkeit geben, vor Ort oder telefonisch beraten zu werden.

8. Wie wollen Sie sich für einen Ausbau digitaler Lern- und Erfahrungsorte einsetzen?

Für ältere Menschen setzen wir uns dafür ein, digitale Lern- und Erfahrungsorte zu schaffen, die speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Dies umfasst benutzerfreundliche digitale Schulungen, die den Umgang mit modernen Technologien erleichtern, sowie maßgeschneiderte Lernangebote, die den Austausch und das soziale Miteinander fördern. Dazu gehört auch die Verbesserung des Internets in ländlichen und benachteiligten Regionen. Wir wollen, dass ältere Menschen durch digitale Bildungsangebote ihre Lebensqualität verbessern, digitale Teilhabe ermöglichen und so aktiv in der Gesellschaft bleiben können. Dabei ist uns wichtig, den Zugang zu diesen Angeboten barrierefrei zu gestalten und unterstützende Lernumgebungen zu schaffen.

9. Wie wollen Sie bzw. Ihre Partei die Länder dabei unterstützen, in den Kommunen strukturelle Mindeststandards für die Altenhilfe nach § 71 SGB XII (insb. Beratung, Begegnung und Engagementförderung) zur Schaffung lebendiger Sozialräume diversitätssensibel auszubauen?

Wir setzen uns dafür ein, die Länder dabei zu unterstützen, in den Kommunen strukturelle Mindeststandards für die Altenhilfe gemäß § 71 SGB XII umzusetzen und weiter auszubauen. Dies umfasst insbesondere die Förderung von Beratungsangeboten, Begegnungsstätten und Engagementförderung, die auf die unterschiedlichen Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten sind. Dabei wollen wir sicherstellen, dass diese Angebote diversitätssensibel gestaltet werden, um allen älteren Menschen gerecht zu werden –

unabhängig von Herkunft, Geschlecht, kulturellem Hintergrund oder anderen individuellen Merkmalen. Ein solcher Ausbau soll lebendige Sozialräume schaffen, in denen sich ältere Menschen aktiv einbringen, soziale Kontakte pflegen und ihre Lebensqualität steigern können. Darüber hinaus wollen wir die Länder unterstützen, durch entsprechende Fördermittel und Fachberatung eine kontinuierliche Weiterentwicklung dieser Angebote voranzutreiben und eine engere Zusammenarbeit zwischen Kommunen, lokalen Akteuren und sozialen Einrichtungen zu fördern.

10. Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie sich bzw. Ihre Partei für einen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus einsetzen?

Der soziale Wohnungsbau ist ein zentraler Bestandteil unserer Politik, um bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Als Grüne setzen wir uns mit folgenden konkreten Maßnahmen für den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus ein:

- Erhöhung der Fördermittel für sozialen Wohnungsbau: Wir werden die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen, um Kommunen und Länder beim Bau von bezahlbaren Wohnungen finanziell zu unterstützen. Besonders gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen profitieren von einer bevorzugten Förderung.
- Stärkung kommunaler Handlungsfähigkeit: Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen ein erweitertes Vorkaufsrecht für Grundstücke und Gebäude erhalten, um diese für sozialen Wohnungsbau nutzen zu können. Durch die Bereitstellung von Bauland zu günstigen Konditionen wollen wir den Bau von Sozialwohnungen erleichtern.
- Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren: Bürokratische Hürden beim Bau von Sozialwohnungen werden abgebaut, indem wir Baurecht vereinfachen, Verfahren digitalisieren und bundesweit vereinheitlichen. Besondere Priorität erhalten Projekte, die sozialen Wohnraum schaffen, um den Bedarf schnell zu decken.
- Klimafreundliches und kosteneffizientes Bauen fördern: Durch die Nutzung bestehender Potenziale wie die Umwandlung von leerstehenden Gebäuden oder ungenutzten Büroflächen zu Wohnraum schaffen wir zusätzlichen Raum für sozialen Wohnungsbau. Klimaverträgliches Bauen und Sanieren wird durch Fördermittel unterstützt, sodass zukünftige Wohnkosten für Mieter*innen gering bleiben.
- Schutz vor Spekulation: Wohnraum und Bauflächen dürfen kein Spekulationsobjekt sein. Steuerschlupflöcher, etwa durch sogenannte Share Deals, werden geschlossen, um den sozialen Wohnungsbau zu stärken.
- Förderung von innovativen Wohnprojekten: Wir unterstützen neue Wohnkonzepte wie Mehrgenerationenhäuser und Wohnprojekte für benachteiligte Gruppen, die soziale Integration und Teilhabe fördern.
- Regionale Schwerpunkte setzen: In Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt werden wir gezielt Maßnahmen für den sozialen Wohnungsbau priorisieren und finanzielle Anreize schaffen, um dort bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

11. Wie stellen Sie sicher, dass Modernisierungen für Wohneigentümer und Mieter bezahlbar bleiben?

Die sozialverträgliche und klimafreundliche Modernisierung von Wohnraum ist ein zentrales Anliegen unserer Politik. Um sicherzustellen, dass diese Maßnahmen sowohl für Wohneigentümer als auch für Mieter bezahlbar bleiben, setzen wir auf ein ausgewogenes Bündel von Maßnahmen:

Gezielte Förderprogramme:

- Fördermittel für Eigentümer: Wir bauen die finanziellen Unterstützungsprogramme für energetische und klimagerechte Modernisierungen aus, sodass Eigentümer die anfallenden Kosten nicht allein tragen müssen. Förderungen sollen unbürokratisch zugänglich sein und dabei auf einkommensschwächere Eigentümer abgestimmt werden.
- Direkte Zuschüsse statt ausschließlich Kredite: Gerade für Menschen mit geringem Einkommen setzen wir auf Zuschüsse, die keine zusätzliche finanzielle Belastung durch Rückzahlungen erzeugen.

Kombination von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit:

- Klimafreundliche Mietverträge: Vermieter*innen, die öffentliche Fördermittel für Modernisierungen nutzen, werden verpflichtet, Mietpreissteigerungen durch energetische Sanierungen sozial verträglich zu gestalten.
- Anreize für Vermieter*innen: Vermieter*innen sollen klare Anreize erhalten, auf verfügbare öffentliche Fördermittel zurückzugreifen, statt die Kosten direkt auf die Mieter umzulegen.

Vereinfachung und Kostensenkung im Bauwesen:

- Bürokratieabbau bei Modernisierungen: Durch die Vereinfachung von Baurecht und Genehmigungsverfahren werden Modernisierungen schneller und günstiger.
- Förderung nachhaltiger Materialien und Bauverfahren: Der Einsatz von wiederverwendbaren und regionalen Baustoffen kann die Kosten von Sanierungen senken und gleichzeitig klimafreundlich gestaltet werden.

Mieter*innen schützen:

- Schutz vor Verdrängung: Bei Modernisierungen in bestehenden Mietverhältnissen, insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten, schaffen wir rechtliche Sicherheiten, damit niemand durch hohe Mieterhöhungen aus seiner Wohnung verdrängt wird.

Steuerliche Anreize für Eigentümer:

- Absetzbarkeit von Modernisierungskosten: Private Eigentümer sollen steuerliche Vorteile erhalten, wenn sie energetische Sanierungen oder andere Modernisierungen vornehmen, die dem Klimaschutz dienen.

12. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie ältere Menschen vor den Folgen des Klimawandels schützen?

Ältere Menschen sind besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen, etwa durch Hitzewellen, Extremwetterereignisse oder steigende Energiekosten. Um sie gezielt zu schützen, setzen wir als Grüne auf folgende Maßnahmen:

Hitzeschutz und Klimaanpassung im Wohnumfeld:

- Klimafreundliche Modernisierung von Wohngebäuden: Wir fördern die energetische Sanierung von Wohnungen und Gebäuden, um eine bessere Dämmung und ein angenehmes Wohnklima zu schaffen, besonders während Hitzewellen.
- Begrünung von Städten und Wohnquartieren: Mehr Grünflächen, begrünte Dächer und Fassaden reduzieren Hitzestau in urbanen Räumen. Dies kommt insbesondere älteren Menschen zugute, die sich weniger flexibel an extreme Temperaturen anpassen können.
- Barrierefreie und klimafreundliche Sanierung: Förderprogramme werden so gestaltet, dass sie auch die Bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigen, etwa barrierefreie Zugänge oder Technologien für ein gesundes Raumklima.

Energieeffizienz und bezahlbare Energie:

- Kostenreduzierung durch energieeffiziente Maßnahmen: Wir fördern erneuerbare Energien und energieeffiziente Heizsysteme, sodass ältere Menschen von geringeren Heiz- und Stromkosten profitieren.
- Zielgerichtete Unterstützung für einkommensschwache ältere Haushalte: Es wird gezielte Zuschüsse und Förderungen geben, damit ältere Menschen energetische Maßnahmen in ihren Wohnungen umsetzen können.
- Strom- und Wärmepreisbremse: Wir setzen uns für langfristige Maßnahmen ein, um Energie bezahlbar zu halten und ältere Menschen vor finanzieller Überforderung durch steigende Kosten zu schützen.

Gesundheitsschutz bei Extremwetterereignissen:

- Hitzeaktionspläne auf kommunaler Ebene: Städte und Gemeinden werden verpflichtet, Hitzeschutzpläne zu erstellen. Dazu gehören kühlende Orte wie klimatisierte öffentliche Räume oder grüne Rückzugsorte, die besonders für ältere Menschen zugänglich sind.
- Notfallmanagement stärken: Frühwarnsysteme und gezielte Unterstützungsangebote, etwa mobile Hilfsdienste bei Extremwetterereignissen, werden ausgebaut.

13. Wie wollen Sie bzw. Ihre Partei eine umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, z.B. in Gesundheitseinrichtungen, im Einzelhandel und bei Mobilitätsangeboten, aber auch bei Wohnungen und technischen Geräten sicherstellen?

Wir setzen uns für eine flächendeckende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein, indem wir gesetzliche Vorgaben für barrierefreie Gesundheitseinrichtungen, Mobilitätsangebote und den Einzelhandel stärken. Öffentliche Verkehrsmittel und Wohnungen müssen barrierefrei gestaltet werden, und auch technische Geräte sollen für alle Menschen zugänglich sein. Zudem fördern wir den barrierefreien Stadtumbau, unterstützen kommunale Maßnahmen zur barrierefreien Gestaltung und setzen auf verpflichtende Standards, um die Inklusion und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

14. Wie werden Sie Länder und Kommunen dabei unterstützen, Mobilität in ländlichen Räumen zu gewährleisten?

Um Mobilität in ländlichen Räumen zu gewährleisten, unterstützen wir Länder und Kommunen durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit einer stündlichen Anbindung aller Dörfer zwischen 6 und 22 Uhr bis 2040. Wir fördern flexible Mobilitätsangebote wie Rufbusse und digitale Kleinbusse, die den Taktverkehr ergänzen. Zudem stellen wir sicher, dass das Deutschlandticket bezahlbar bleibt und die Infrastruktur durch den Ausbau von Radschnellwegen sowie die Reaktivierung von Bahnstrecken verbessert wird. Kommunen erhalten finanzielle Unterstützung und vereinfachte Genehmigungsverfahren für schnelle Umsetzung.

15. Wie will Ihre Partei eine bedarfsgerechte gesundheitliche und pflegerische Versorgung in Stadt und Land sicherstellen?

Wir setzen uns für eine flächendeckende, bedarfsgerechte gesundheitliche und pflegerische Versorgung in Stadt und Land ein. Dazu gehören der Ausbau von Ärztenetzen und Pflegeangeboten, besonders in ländlichen Regionen, sowie die Förderung digitaler Gesundheitslösungen. Wir wollen die Finanzierung der Pflege verbessern, die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften stärken und durch mobile Pflegedienste sowie Telemedizin den Zugang zu Versorgung erleichtern. So sichern wir die Versorgung für alle Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort.

16. Wie wollen Sie gewährleisten, dass Sorge und Pflege für die Betroffenen wieder bezahlbar wird?

Um Sorge und Pflege für die Betroffenen wieder bezahlbar zu machen, setzen wir auf eine umfassende Reform der Pflegefinanzierung und auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Pflegebereich. Zunächst wollen wir die Pflegeversicherung weiter ausbauen und die Leistungen erhöhen, um den steigenden Pflegekosten gerecht zu werden. Dies umfasst auch eine faire Finanzierung des Systems, bei der neben den gesetzlich Versicherten auch Privatversicherte in den solidarischen Finanzausgleich einbezogen werden. So sollen alle Versicherte gerecht zur Finanzierung von Pflege und Gesundheit beitragen. Insbesondere wollen wir auch Kapitaleinnahmen in die Finanzierung einfließen lassen und die Beitragsbemessung reformieren, sodass finanziell stärkere Schultern mehr beitragen, während Menschen mit geringeren Einkünften entlastet werden.

Wir möchten die Pflege auch flexibler gestalten, damit Pflegebedürftige die benötigten Leistungen besser kombinieren können. Hierzu setzen wir auf die Einführung von Pflegebudgets, mit denen Pflege, therapeutische Leistungen oder Unterstützung im Alltag nach individuellen Bedürfnissen gestaltet werden können. Gleichzeitig wollen wir pflegende Angehörige stärker unterstützen, etwa durch finanzielle Ausgleichszahlungen, wenn diese ihre Arbeitszeit für die Pflege reduzieren. Berufliche Freistellungen sollen ebenfalls flexibler und leichter möglich sein, um die Belastung der pflegenden Personen zu reduzieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Viele Fachkräfte haben den Beruf aufgrund von Überlastung verlassen. Wir wollen dieses Potenzial zurückgewinnen, indem wir die Arbeitsbedingungen verbessern, unter anderem

durch eine höhere Personalschlüssel und bessere Aufstiegschancen. Die Ausbildung im Pflegebereich soll vereinfacht und die Bürokratie abgebaut werden, sodass Pflegekräfte sich wieder stärker auf die eigentliche Pflege der Menschen konzentrieren können.

17. Treten Sie dafür ein, eine Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige einzuführen?

Ja.

18. Wie wollen Sie bzw. Ihre Partei das Engagement und die Mitwirkung und Partizipation Älterer stärken?

- Unterstützung lokaler Initiativen und Vereine: Wir fördern gezielt ehrenamtliche Projekte und lokale Vereine, die den sozialen Austausch und das Engagement älterer Menschen stärken. Hierfür wollen wir mehr Fördermittel bereitstellen, die unbürokratisch beantragt werden können.
- Aufbau von Mehrgenerationenhäusern: Mehrgenerationenhäuser und lokale Begegnungsstätten sind wichtige Orte für Austausch und Engagement. Wir unterstützen deren Ausbau und Finanzierung, insbesondere in strukturschwachen Regionen, um niedrigschwellige Angebote für ältere Menschen zu schaffen.
- Anerkennung und Wertschätzung von Ehrenamt: Durch Ehrenamtskarten, Vergünstigungen und kleine finanzielle Anreize wollen wir die gesellschaftliche Wertschätzung für das Engagement älterer Menschen erhöhen.
- Bildungs- und Qualifizierungsangebote für Engagement: Wir bieten Schulungen und Weiterbildungen an, um älteren Menschen den Einstieg in ehrenamtliches Engagement zu erleichtern – beispielsweise in Bereichen wie Digitalisierung, Umwelt- oder Sozialprojekten.
- Förderung digitaler Beteiligung: Um auch in abgelegenen Regionen Teilhabe zu ermöglichen, fördern wir digitale Plattformen, die ältere Menschen vernetzen und ehrenamtliche Tätigkeiten vermitteln. Schulungen und finanzielle Unterstützung für den Zugang zu digitalen Geräten sind ebenfalls Teil des Konzepts.

19. Wie werden Sie das Engagement älterer Menschen, insb. In strukturschwachen Räumen und von bislang unterrepräsentierten Gruppen fördern?

- Gezielte Ansprache unterrepräsentierter Gruppen: Wir setzen auf aufsuchende Ansätze, um Menschen aus unterrepräsentierten Gruppen gezielt anzusprechen, z. B. durch die Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen oder Netzwerken von Frauen und Alleinstehenden. So ermöglichen wir auch diesen Gruppen den Zugang zu Engagement und sozialem Austausch.
- Stärkung der Mobilität: Mobilität ist oft eine Hürde für ältere Menschen in strukturschwachen Regionen. Wir planen, kostenfreie oder günstige Mobilitätsangebote wie Bürgerbusse oder Fahrdienste zu fördern, damit ältere Menschen leichter an Engagements teilnehmen können.
- Stärkung von Netzwerken in strukturschwachen Räumen: Wir fördern den Aufbau von regionalen Netzwerken, die ältere Menschen zusammenbringen und sie in ihrem Engagement unterstützen. Hierbei arbeiten wir eng mit Gemeinden und bestehenden Organisationen zusammen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thuy Nga Trinh